CDU-Fraktion	Drucksache Nr. A/15/2431-01	Termin 19.11.2012	Rat der Stadt
Antragsvorlage			öffentlich

Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss-kontrolle*
19.11.2012	Rat der Stadt	B		

Beratungsgegenstand

Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Drucksache Nr. B/15/2328-01: Schulorganisatorische Maßnahmen an der Albert-Schweitzer-Schule, der Hauptschule Alstaden und der Hauptschule St. Michael

Beschlussvorschlag

1. Der Rat der Stadt lehnt die jahrgangsweise Auflösung aller drei Hauptschulen zum 01.08.2013 ab und spricht sich für den einstweiligen Erhalt von zwei Hauptschulstandorten in Oberhauen aus.

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dazu eine Planung zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, die das pädagogische Profil der jeweiligen Schule und besondere Bildungsangebote durch Kooperationen ebenso berücksichtigt wie die Erreichbarkeit im Stadtgebiet.

3. Der Rat fordert die Verwaltung auf, unverzüglich Gespräche mit den Schulleitungen und Lehrer- und Elternvertretungen der Oberhausener Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie mit dem Jugendamt und der Politik aufzunehmen, um gemeinsam die Möglichkeiten einer Sekundarschule zu prüfen, die als Schulform den besonderen Herausforderungen der Bildungslandschaft in Oberhausen Rechnung trägt und die nicht bloß im Zuge von Umwandlungsaktivitäten bestehende Schulen ersetzen soll.

4. Der Rat fordert die Verwaltung auf, im Rahmen der Planung und der Entwicklungsgespräche die anstehenden schulrechtlichen Veränderungen zu den Förderschulen sowie die Inklusion und die damit verbundenen Anforderungen in personeller, organisatorischer, räumlicher und finanzieller Hinsicht zu berücksichtigen und eine qualitative Planung vorzulegen, die gegebenenfalls mit externer Beratung eine verantwortungsvolle Schulentwicklungsplanung umsetzt.

Vorsitzender der CDU-Fraktion Schranz 16. November 2012			

CDU-Fraktion	Drucksache Nr. A/15/2431-01	Termin 19.11.2012	Rat der Stadt

Begründung

Die vorgeschlagene jahrgangsweise Auflösung der Oberhausener Hauptschulen Albert-Schweitzer, Alstaden und St. Michael stützt sich argumentativ auf die rückläufigen Anmeldezahlen und damit auf den demografischen Wandel und das Wahlverhalten der Eltern in Oberhausen. Daneben ist die Haushaltskonsolidierung ein Aspekt des vorgelegten Vorschlags.

Da bei dieser Vorschlagsgrundlage an keiner Stelle pädagogische Überlegungen angestellt wurden, zeigt sich, dass die Bildungschancen vor Ort einmal mehr ohne Perspektive organisatorisch und finanziell abgearbeitet werden. Die Stellungnahmen der Schulkonferenzen finden ebenso wenig Berücksichtigung wie die anstehenden Veränderungen durch die Schulrechtsänderungen und das Thema Inklusion. Die ausschließlich bürokratische Entscheidung, die Kinder und Jugendlichen, die an den Hauptschulen angemeldet würden, zukünftig an Real- und Gesamtschulen unterzubringen, bildet eine verantwortungslose „Nicht-Planung“ ab, die an keiner Stelle eine Wertschätzung aller Beteiligten und der Arbeit vor Ort erkennen lässt.

Das Auslaufen der Hauptschule ohne pädagogische Konzepte für einen Übergang und für die notwendigen Alternativen ist ein Vorschlag, der ohne jegliches Interesse an den Bildungschancen der betroffenen Kinder und Jugendlichen in Oberhausen erfolgt. Folglich muss die Situation, wie sie sich derzeit an den Oberhausener Hauptschulen darstellt, mit Augenmaß und unter Berücksichtigung sämtlicher Veränderungen, die bereits kurzfristig in der Schullandschaft anstehen (siehe Förderschulen, Inklusion etc.), betrachtet werden. Dabei muss eine vernetzte und weitsichtige Planung alle konkreten Gegebenheiten, Möglichkeiten und Chancen einbeziehen, um Umstrukturierungsprozesse professionell zu begleiten. Eine Umverteilung der Schülerinnen und Schüler aus organisatorischen und finanziellen Beweggründen ist keine Maßnahme, um schulische Bildung weiterzuentwickeln. Das Nachfrageverhalten der Eltern impliziert keineswegs, dass die Schülerschaft, die bisher an Hauptschulen angemeldet wurde, nicht mehr vorhanden ist.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.